

Antrag

der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, René Bochmann, Marcus Bühl, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Aufschwung für Deutschland – Starke Wirtschaft und soziale Verantwortung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ampel ist mit der sogenannten „sozial-ökologischen Transformation“ gescheitert. Statt in ein versprochenes Wirtschaftswunder hat die Scholz-Regierung Deutschland mit ihrer wachstums- und arbeitnehmerfeindlichen Politik in die Rezession geführt.

Die Deindustrialisierung nimmt Fahrt auf, Inflation und Abgabenerhöhungen entwerthen die Kaufkraft der Bürger. Industrie und Mittelstand investieren immer weniger in Deutschland, verlagern ihre Geschäfte ins Ausland oder geben sogar ganz auf. Rentner sammeln Flaschen, einheimische Fachkräfte wandern aus, Sozialhilfeempfänger ein.

Extrem hohe Energiekosten, eine sinkende Versorgungssicherheit, ausufernde Bürokratie (allein 10.000 neue Stellen in den Ministerien), marode Infrastruktur, ein sich verschärfender Fachkräftemangel, die Masseneinwanderung ins Sozialsystem, ein zukünftig nicht tragfähiges Rentensystem sowie eine Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen und Arbeitnehmer, die an Enteignung grenzt und keine Absicherung gegen Altersarmut erlaubt – all diese realen Probleme hat die Ampel verschärft, statt sie zu lösen.

Hinzu tritt eine Regierungskrise, in die die Ampel Deutschland mit ihrer verfassungswidrigen Haushaltspolitik geführt hat. Die Tricksereien von Bundeskanzler Scholz sowie den Bundesministern Habeck und Lindner verunsichern Bürger und Wirtschaft immer mehr und treiben sie zum verzweifelten Protest auf die Straße.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein erneutes Haushaltschaos zu verhindern und verfassungskonform finanziellen Spielraum für Entlastungen und Investitionen zu schaffen und hierfür
 - a. massive Einsparungen bei der sogenannten Transformation, der Migrationspolitik und den damit verbundenen Sozialleistungen sowie der Entwicklungshilfe und nicht zuletzt bei Verwaltung und Personal vorzunehmen;

- b. die Schuldenbremse einzuhalten und Schulden abzubauen, um Handlungsfreiheit für die Zukunft zu gewinnen;
 - c. intransparente Schattenhaushalte und sogenannte Sondervermögen aufzulösen;
2. für kostengünstige und sichere Energie zu sorgen und hierfür
 - a. das Energieangebot zu erhöhen, dafür, soweit kurz- und mittelfristig möglich, den Rückbau der Kernkraftwerke zu stoppen und diese wieder ans Netz zu bringen sowie die Nutzung der Kohlekraftwerke zu verlängern, solange sie benötigt werden, sowie dafür die Gasleitung Nord Stream 2 wieder in Betrieb zu nehmen bzw. die letzte verbliebene Röhre für den Gasimport zu nutzen;
 - b. die hohen staatlichen Abgaben auf Energie deutlich zu reduzieren und die Energiesteuer auf Spirit, Gas und Öl sowie die Stromsteuer auf ein Minimum zu senken;
 - c. die nationale CO₂-Abgabe ebenso wie die CO₂-Bepreisung auf EU-Ebene abzuschaffen;
 - d. den massiven Ausbau der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ und den unnötigen Netzausbau zu beenden und damit die Netzentgelte zu reduzieren;
 3. Steuern und Abgaben spürbar zu senken und hierfür
 - a. das Steuersystem zu vereinfachen, die Sätze maßvoll zu senken und die kalte Progression nachhaltig zu verhindern, indem die Einkommensteuertarife indexiert werden wie z. B. in der Schweiz;
 - b. den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen;
 - c. den verringerten Mehrwertsteuersatz für die stark gebeutelte Gastronomie umgehend wieder einzuführen;
 - d. die Erhöhung der LKW-Maut rückgängig zu machen;
 - e. die Luftverkehrssteuer abzuschaffen;
 - f. die Grundsteuer abzuschaffen;
 4. unsere Infrastruktur zu modernisieren und zukunftsfest zu machen und hierfür
 - a. den riesigen Investitionsstau zügig aufzulösen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren für alle Projekte zu beschleunigen;
 - b. das Verbandsklagerecht zu beschränken, um Blockaden von Infrastrukturvorhaben durch grüne NGOs zu verhindern und die Gerichte zu entlasten;
 - c. die ideologische Diskriminierung von Straßenverkehrsprojekten zu beenden und unsere Infrastruktur bedarfsgerecht zu entwickeln;
 - d. die Potenziale der Digitalisierung – dazu zählt auch die künstliche Intelligenz (KI) – auszuschöpfen und flächendeckend leistungsfähige Mobilfunk- und Breitbandnetze aufzubauen;
 5. Bürokratie konsequent abzubauen und ideologische Verbote aufzuheben und hierfür
 - a. das Verbrennerverbot endgültig zu kippen, um den Bürgern die freie Entscheidung über ihre bevorzugte Antriebsform zu ermöglichen und Schaden von unserer Automobilindustrie, einer der tragenden Säulen der deutschen Wirtschaft, abzuwenden;
 - b. weitere wettbewerbsverzerrende Eingriffe in Unternehmen durch unter anderem Technologieverbote zu beenden und entsprechende wettbewerbsverzerrende staatliche Beteiligungen wie an der Commerzbank oder der Post zu verkaufen;
 - c. das Gebäudeenergiegesetz rückgängig zu machen und das Heizen mit Gas und Öl weiter zu ermöglichen;

- d. das Lieferkettengesetz abzuschaffen;
 - e. die Einführung eines CO₂-Zollsystems (CBAM) zu verhindern;
 - f. Berichts-, Dokumentations- und Kontrollpflichten auf nationaler sowie auf EU-Ebene abzuschaffen, so zum Beispiel die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen (CSRD), die EU-Taxonomie-Verordnung sowie das Hinweisgeberschutzgesetz;
 - g. die Datenschutzgrundverordnung in der jetzigen Form abzuschaffen und durch einen sinnvollen Datenschutz zu ersetzen;
 - h. Antrags- sowie Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und von klimapolitischen Vorschriften zu befreien;
 - i. die Digitalisierung der öffentlichen Dienste voranzutreiben und auch hierbei die Potenziale der KI zu nutzen, um die Verwaltung zu verschlanken;
 - j. auf überflüssige Einrichtungen wie das Entwicklungshilfeministerium zu verzichten;
6. Fachkräfte zu aktivieren und hierfür
- a. die illegale Masseneinwanderung zu stoppen, weil sie keine Lösung für den immer größeren Fachkräftemangel darstellt und stattdessen unser Sozialsystem überfordert;
 - b. mit attraktiven Standortbedingungen wie einer geringen Abgabenlast, bezahlbarem Wohnraum, erstklassiger Infrastruktur und einem hohen Sicherheitsniveau die Abwanderung gut qualifizierter Bürger zu stoppen und dafür zu sorgen, dass sich viele bereits ausgewanderte Deutsche wieder für die Heimat entscheiden sowie tatsächliche internationale Fachleute gezielt angeworben werden können;
 - c. unser Bildungssystem zurück auf Spitzenniveau zu bringen und dabei insbesondere die MINT-Fächer zu stärken, damit Deutschland seine frühere technologische Führungsrolle zurückerobern kann;
 - d. die Ausbildungsberufe zu stärken und die kostenfreie Meisterausbildung zu sichern;
7. dafür zu sorgen, dass sich Arbeit wieder lohnt und hierfür
- a. den einkommensteuerlichen Grundfreibetrag auf 14.000 Euro zu erhöhen;
 - b. einen Steuerfreibetrag in Höhe von 12.000 Euro für Hinzuverdienste von Rentnern einzuführen;
 - c. die Hinzuverdienstgrenze für Erwerbseinkommen bei Witwenrenten abzuschaffen;
 - d. das Mindestlohngesetz anzupassen, so dass Zulagen, Zuschläge, Sonderzahlungen und Prämien zusätzlich zum gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen sind;
 - e. das Lohnabstandsgebot besser zu wahren, indem Grundsicherungsleistungen nicht stärker steigen als der gesetzliche Mindestlohn;
8. dem sinnvollen Prinzip des Förderns und Forderns wieder Geltung zu verschaffen und hierfür
- a. das Bürgergeld durch eine aktivierende Grundsicherung zu ersetzen und erwerbsfähige Leistungsbezieher nach einer Karenzzeit von 6 Monaten zu gemeinnütziger Bürgerarbeit zu verpflichten, solange nicht eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Umfang von 20 Wochenstunden besteht;
 - b. eine Sachleistungs-Debitkarte einzuführen, so dass die Leistungsgewährung in bestimmten Fällen – etwa bei Verweigerung der Bürgerarbeit – anstelle von Geldleistungen unbar erfolgen kann;

- c. den Aufenthalt von Leistungsberechtigten im zeit- und ortsnahen Raum effektiv zu kontrollieren und Verstöße härter als bisher zu sanktionieren, bis hin zum Leistungsentzug;
 - d. gesunden, erwerbsfähigen Totalverweigerern die Leistungen komplett zu streichen;
9. den Sozialstaatsmagnet sofort abzustellen und hierfür
- a. für Asylbewerber das Prinzip Sach- statt Geldleistungen umzusetzen;
 - b. Asylbewerber zu gemeinnützigen Tätigkeiten heranzuziehen;
 - c. den Rechtskreiswechsel für Ukrainer rückgängig zu machen und sie vom Bürgergeld ins Asylbewerberleistungssystem zu überführen;
 - d. den Bezug von Leistungen nach dem SGB II für Ausländer an eine fünfjährige existenzsichernde Erwerbstätigkeit, einen unbefristeten Aufenthaltstitel und Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2 zu knüpfen;
 - e. den Bezug von Leistungen nach dem SGB II für Ausländer nur noch befristet für zwölf Monate am Stück und für fünf Jahre über das gesamte Erwerbsleben zu gewähren;
 - f. Asylbewerber unter Berücksichtigung mitgeführter Bargelddbeträge und Wertgegenstände einer Vermögensprüfung zu unterziehen;
 - g. den Sozialleistungsmissbrauch zum Beispiel durch falsche Einkommens- und Vermögensauskünfte, Scheinvaterschaften, Schwarzarbeit, mehrfache Identitäten etc., konsequent zu bekämpfen;
10. Altersarmut zu bekämpfen und hierfür
- a. das Existenzminimum steuerfrei zu stellen und die Renten-Doppelbesteuerung zu vermeiden, indem der steuerliche Grundfreibetrag angehoben wird;
 - b. Rentnern, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, mit einem Freibetrag von 25 Prozent auf die eigene Rente zu helfen;
 - c. sich gegen eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze (67 Jahre) einzusetzen;
 - d. sicherzustellen, dass Versicherte mit 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen können;
 - e. Beiträge in die gesetzliche und private Rentenversicherung steuerlich besser absetzbar zu machen;
11. Rente zukunftssicher zu machen und hierfür
- a. die nicht beitragsgedeckten versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung aus Steuern zu finanzieren, um mittelbar das Rentenniveau anzuheben;
 - b. künftig auch Abgeordnete und neue Beamte in die gesetzliche Rente einzu beziehen;
 - c. die Mütterrenten beizubehalten;
 - d. für jedes neugeborene Kind monatlich 100 Euro in ein persönliches Kinder-Spardepot einzuzahlen und damit neben der umlagefinanzierten Rente eine kapitalgedeckte Vorsorge zu ermöglichen;
 - e. die Armutszuwanderung zu beenden und nur noch Einwanderer ins Land zu lassen, die sich eine Rente oberhalb der Grundsicherung selbst erwirtschaften können.

Berlin, den 17. April 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

